



In dieser Ausgabe:

TOPTHEMA

- ▶ Schröder setzt sich für mehr Ausbildungsplätze ein 1

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

- ▶ ifo-Index steigt zum dritten Mal in Folge 2
- ▶ WTO-Treffen in Montreal 3
- ▶ Gesundheitsreform entlastet auch den Mittelstand 4

JUSTIZ

- ▶ Sommerschlussverkauf weiterhin möglich 4

SOZIALES

- ▶ Fürsorgeleistung für Familien mit Kindern steigt 5
- ▶ Kompetenzagenturen offiziell eröffnet 5

GESUNDHEIT

- ▶ Krankenkassen sagen spürbare Beitragssenkungen zu 6

AUSSEN

- ▶ Bush übernimmt Verantwortung 6
- ▶ Scharon zu Gesprächen in Washington 6
- ▶ Rebellen verkünden einseitige Waffenruhe 7

TERMINE

REDAKTION

- ▶ Sehr geehrte Damen und Herren, 7

TOPTHEMA

AUSBILDUNG

Schröder setzt sich für mehr Ausbildungsplätze ein

Der SPD-Parteivorsitzende, Bundeskanzler Gerhard Schröder, hat die deutschen Unternehmen aufgefordert, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Er erklärte: „Dies müssen sie tun, um nicht nur den Jugendlichen eine Zukunft zu geben, sondern auch um ihre eigene Zukunft zu sichern.“

In einem Grußwort für die gemeinsame Lehrstellenaktion der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) sowie Bild, Bild am Sonntag und Bild.T-Online, die am 27. Juli 2003 gestartet ist, hob Schröder die Qualität und Tradition des dualen Ausbildungssystem in Deutschland hervor. Allerdings, so der Bundeskanzler, sei dieses System in Gefahr, da nur noch 30% der Betriebe in Deutschland ausbilden. Schröder betonte, dass dies zu wenig sei, denn „wer nicht ausbildet, der sägt heute an dem Ast, auf dem er morgen selber sitzen muss“.

An die Jugendlichen appellierte er, die Initiative der Wirtschaftsverbände und der Bild-Zeitung zu nutzen und sich zu bewerben.

Situation auf dem Lehrstellenmarkt kritisch

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn verwies unterdessen auf die zugespitzte Lage auf dem Lehrstellenmarkt: Derzeit gebe es bei einer etwa gleich hohen Zahl von Schulabgängern 51.000 betriebliche Ausbildungsstellen weniger als 2002. „Die Situation ist kritischer als in den Vorjahren“, wertete die Ministerin. Allerdings sagten die aktuellen Zahlen noch nicht viel über das Endergebnis am Jahresende aus.

Bulmahn appellierte an die Betriebe, ihre Verantwortung zur Ausbildung wahrzunehmen: „Wenn nur ein Bruchteil der über 500.000 ausbildungsfähigen, aber tatsächlich nicht ausbildenden Unternehmen in Deutschland Ausbildungsplätze bereitstellen würde, hätten wir kein Ausbildungsproblem.“

Müntefering: Nicht bis zum Jahresende warten

Schon am Montag hatte SPD-Fraktionschef Franz Müntefering die Wirtschaft aufgefordert, jetzt mehr Ausbildungsplätze anzubieten und damit nicht erst bis zum Jahresende zu warten. Müntefering unterstrich: „Der gesetzliche Stichtag für die Lehrstellenbilanz ist der 30. September.“ Sollten die Unternehmen bis dahin nicht von selbst ausreichend Ausbildungsplätze schaffen, „werden wir gesetzlich handeln“.

SCHLAGLICHT

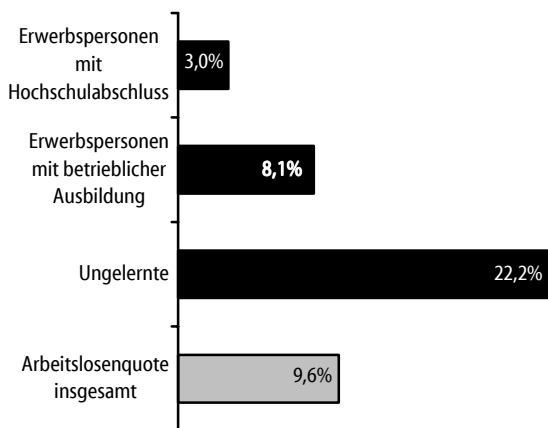
„Ich halte was davon, wenn Herr Stoiber heute laut Handelsblatt erklärt, er halte überhaupt nichts davon, wenn ich gestern erklärte: Das sind die Zahnlücken von Frau Merkel, das sind nicht unsere.“
(Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Franz Müntefering am Dienstag in Berlin)

Ausbildungsbereitschaft muss sich verbessern

Bundeskanzler Schröder hatte in seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003 eine gesetzliche Regelung angekündigt, sollten die Betriebe ihrer Ausbildungsverantwortung nicht nachkommen. Ferner erklärte er dazu: „Jeder weiß, ich bin kein Freund der Ausbildungsabgabe. Aber ohne eine nachhaltige Verbesserung der Ausbildungsbereitschaft und ohne die Übernahme der zugesagten Verantwortung für diesen Bereich, ist die Bundesregierung zum Handeln verpflichtet und sie wird das auch tun. Jeder, der einen Ausbildungsplatz sucht und ausbildungsfähig ist, muss einen Ausbildungsplatz bekommen. Davon können wir nicht abweichen.“

Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit

- Arbeitslose in %-



Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement sagte zu einer eventuellen gesetzlichen Regelung, er hoffe, dass es auch in diesem Jahr gemeinsam mit der Wirtschaft gelingen werde, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten: „Ich halte viel von freiwilligen Lösungen und wenig von Zwang.“ Nur in dem Fall, dass es nicht gelingen sollte, genügend Ausbildungsplätze zu mobilisieren, müsse der Gesetzgeber handeln, so Clement. Er setze jedoch gerade in diesen Wochen alle Hoffnung auf all diejenigen, die sich für die berufliche Zukunft der jungen Generation engagieren.

AUSBILDUNGSOFFENSIVE 2003

Bereits Ende April hatten Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn und der Bundeswirtschaftsminister gemeinsam mit Spitzenvertretern von Wirtschaft und Gewerkschaften die Ausbildungsoffensive 2003 gestartet. Über das Ziel dieser Offensive sagte Bulmahn: „Die Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften sind sich einig in dem zentralen Ziel, allen jungen Menschen, die können und wollen, einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.“

Mehr Informationen:

▶▶ www.ausbildungsoffensive2003.de

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

KONJUNKTUR

ifo-Index steigt zum dritten Mal in Folge

Der nochmalige Anstieg des vielbeachteten ifo-Geschäftsklimaindexes deutet darauf hin, dass eine konjunkturelle Belebung in Deutschland in greifbarer Nähe rückt. ifo-Chefvolkswirt Gernot Nerb erklärte am Montag in München: „Wir haben den dritten Anstieg in Folge, das spricht dafür, dass wir kurz vor einer Erholungsphase stehen.“

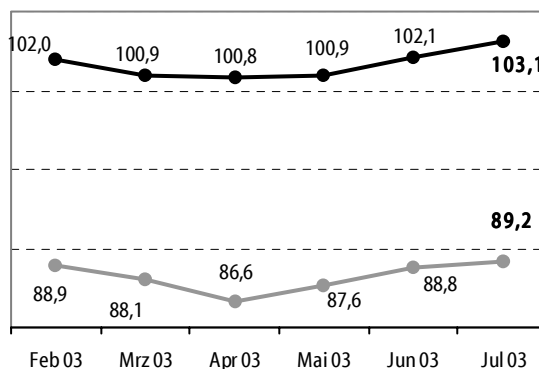
Die Bundesregierung sieht den erneuten Anstieg des Ifo-Geschäftsklimaindex als „positives Signal“ für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Eine Sprecherin von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement sagte am Montag in Berlin, Experten werteten die Tatsache, dass der Index zum dritten Mal in Folge gestiegen sei, als Anzeichen einer Konjunkturbelebung. „Das ist es, worauf es jetzt ankommt“, fügte die Sprecherin hinzu. Es gebe zudem Hinweise darauf, dass der Konsum durch den starken Euro positiv beeinflusst werde.

Anstieg verspricht konjunkturelle Belebung

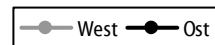
In Westdeutschland verbesserte sich der Geschäftsklimaindex von 88,8 Punkte im Vormonat auf nun 89,2 Punkte. Für Ostdeutschland fiel der Anstieg noch deutlicher aus: Dort kletterte der Index in diesem Monat auf 103,1 Punkte (Juni 03: 102,1). Das ifo-Institut spricht traditionell erst beim dritten Anstieg oder Rückgang des Konjunkturbarometers von einer Trendwende.

Konjunkturaufschwung steht bevor

- ifo-Geschäftsklimaindex steigt zum dritten Mal in Folge -



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung



Der ifo-Index gilt als wichtigster Frühindikator für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Das Institut ermittelt ihn jeden Monat aus einer Befragung von rund 7.000 Unternehmen.

Bundesregierung: Agenda 2010 zeigt Wirkung

Die Veröffentlichung der ifo-Daten in Verbindung „auch mit anderen Indikatoren“ gebe Anlass für Zuversicht, sagte der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg am Montag in Berlin. „Das zeigt, dass die Umsetzung der Agenda 2010 und die eingeleiteten Strukturreformen Wirkung zeigen“, erklärte Steg. Die Opposition sei nun aufgerufen, die geplanten Steuersenkungen zum Jahreswechsel mitzutragen. „Was jetzt dringend ist, um diese eindeutige Stimmungsverbesserung in eine stabile Wachstumsentwicklung umzusetzen, ist das Vorziehen der Steuerentlastung wie von der Bundesregierung geplant.“ An die Opposition ergehe, „die dringende Mahnung, angesichts der offensichtlichen Chance, die wirtschaftliche Entwicklung jetzt nachhaltig zu beleben, die Steuersenkung nicht zu zerreden“.

Auch für den ifo-Chefvolkswirt Nerb wirken sich die in Aussicht gestellten Steuersenkungen positiv auf die Stimmung aus: „Die Wirtschaft hat den Eindruck, hier tut sich etwas.“

Brandner: Befreiung der Wachstumskräfte

Dazu erklärte Klaus Brandner, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion: „Entscheidend für die bessere wirtschaftliche Einschätzung in Deutschland ist die Reformpolitik der Bundesregierung.“ Die Reformen in der Arbeitsmarktpolitik, in der Gesundheitspolitik, bei der Handwerksordnung und das Vorziehen der Steuerreform wirkten wie eine Befreiung der Wachstumskräfte. „Die Opposition ist deshalb gut beraten, den Reformschwung nicht abzuschwächen oder aufzuhalten und damit selbst zum Konjunkturrisiko zu werden“, appellierte Brandner. Das Taktieren in der Steuerpolitik und die Blockadehaltung in der Handwerksordnung zeugten jedenfalls nicht vom großen Reformwillen von CDU/CSU. Der Wirtschaftsexperte fasste zusammen: „Der ifo-Index macht damit vor allem eines klar: Die Stimmungslage in Deutschland erhellt sich.“

Zuversicht, Vertrauen, konjunktureller Aufschwung

Ludwig Stiegler, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, sagte zu den ifo-Konjunkturdaten, es sei im Einzelnen sehr erfreulich, dass im Rahmen des ifo-Testes besonders die zukunftsorientierten Konjunkturerwartungen für das kommende halbe Jahr gestiegen seien, das Klima sich breit in fast allen erfassten Bereichen verbessert habe und der Geschäftsklimaindex überproportional in den neuen Bundesländern angezogen sei. Dies alles belege, so Stiegler: „Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und der sie tragenden SPD-Bundestagsfraktion schafft in der Wirtschaft Zuversicht, Vertrauen und nunmehr konkret konjunkturellen Aufschwung.“

► www.ifo.de

HANDELSPOLITIK**WTO-Treffen in Montreal**

Die Vorbereitung einer Konferenz aller 146 Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation WTO im September in Mexiko ist Ziel eines informellen Treffens im kanadischen Montreal. Die Wirtschaftsminister aus 25 Ländern sind dort von Dienstag bis Mittwoch zusammengekommen um auch über den Abbau von Handelsschranken zu sprechen. Dominierendes Verhandlungsthema war die Agrarpolitik.

Um das Ziel des Treffens - ein gemeinsamer Ansatz der 25 WTO-Mitgliedstaaten vor der Konferenz im September - nicht zu gefährden, warnte WTO-Direktor Supachai Panitchpakdi vor einem Scheitern der Verhandlungen.

Gespräche zwischen USA und EU

Bereits am Montagabend kamen Vertreter der beiden größten Wirtschaftsmächte EU und USA zu Einzelgesprächen zusammen, um den Umgang mit Agrarsubventionen und Einfuhrzöllen zu erörtern. Eine Einigung zwischen der EU und den USA wäre ein großer Schritt hin zu einem gemeinsamen Ansatz, begründete ein Sprecher der EU-Kommission die Einzelgespräche.

Diskussionen um Agrarpolitik

Ein zentrales Thema des Treffens ist die Landwirtschaft - ein besonders stark diskutierter Bereich bei der gegenwärtigen Welthandelsrunde, die vor knapp zwei Jahren begann. Insbesondere über die Höhe der staatlichen Zuschüsse an die Landwirtschaft und über Beschränkungen beim Import von landwirtschaftlichen Gütern wurde zwischen den beteiligten Staaten debattiert.

EU fordert mehr Rechte für Verbraucher

Nach monatelangen Verhandlungen hatten sich die EU-Agrarminister im Juni auf eine Reform der EU-Agrarpolitik geeinigt. Durch diese Reform sollen die Anreize für eine Überproduktion abgebaut und eine umweltverträglichere Landwirtschaft gefördert werden. Nach der Einigung hatte die EU wiederholt andere große Agrar-Exporteure wie die USA, Kanada und Australien zu Zugeständnissen aufgefordert.

EU: Reformen auch in anderen Staaten

„In der Landwirtschaft wie in anderen Fragen können wir nun in die Offensive gehen“, sagte EU-Handelskommissar Pascal Lamy. Nun seien andere Staaten aufgerufen, ihre Agrarpolitik zu reformieren. Ferner will die EU Zugeständnisse in den Bereichen Verbraucherrechte und Tierschutz erreichen. Die USA und weitere Exportnationen hatten dagegen mehrfach betont, die Reformen in der EU gingen ihnen noch nicht weit genug.

AGENDA 2010

Gesundheitsreform entlastet auch den Mittelstand

Die geplante Gesundheitsreform kommt auch dem Mittelstand zugute. Nach Angaben der Bundesregierung soll die Umsetzung der Reform zu Einsparungen von rund 10 Mrd. Euro für das Jahr 2004 und rund 23 Mrd. Euro bis zum Jahr 2007 führen. Dadurch sollen die durchschnittlichen Beitragssätze für die gesetzliche Krankenversicherung von derzeit 14,4% auf 13,6% im Jahr 2004 und bis 2007 auf 12,15% sinken.

Die Gesundheitsreform würde damit eine Trendwende bei den Lohnnebenkosten einleiten, die sich bis 2007 fortsetzen würde. Gerade für den personalintensiven Mittelstand, der gut zwei Drittel der Arbeitsplätze in Deutschland stellt, würden demnach die Lohnnebenkosten deutlich sinken: Das Entlastungsvolumen für die Wirtschaft würde bei einer Senkung der Krankenkassenbeiträge von 14,4% auf 13,6% im Jahr 2004 bei ca. 5 Mrd. Euro liegen und im Jahr 2007 bei 11,5 Mrd. Euro.

Zusätzliche Entlastungen durch Steuerreform

Der Mittelstand soll ab 2004 auch durch die Steuerreform spürbar entlastet werden: Die Bundesregierung hat Ende Juli beschlossen, die dritte Stufe der Steuerreform von 2005 auf 2004 vorzuziehen. Damit entfallen nach Regierungsangaben vom vorgesehenen Entlastungsvolumen von insgesamt 15 Mrd. Euro rund 6 Mrd. Euro auf mittelständische Personengesellschaften. Unternehmen sollen dadurch mehr Spielraum für Investitionen erhalten. Auch die Absenkung des Spitzensteuersatzes für mittelständische Personengesellschaften auf 42% soll neue finanzielle Anreize für die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen geben.

Steuerreform stärkt Privatkonsum

Die Bundesregierung erhofft sich von der vorgezogenen Steuerreform zudem eine Stärkung des privaten Konsums, von der die regionale Wirtschaft und damit vor allem das Handwerk und regionale Dienstleister profitieren sollen.

Mit beiden Reformprojekten, dem Vorziehen der Steuerreform und der Gesundheitsreform, sollen die mittelständischen Unternehmen wettbewerbsfähiger gemacht sowie die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland gestärkt werden. Die Regierungskoalition sieht darin die Chance, die heimischen Wachstumskräfte zu stärken.

Mehr zur Förderung des Mittelstandes:

► www.bundesregierung.de

JUSTIZ

EINZELHANDEL

Sommerschlussverkauf weiterhin möglich

Sommer- und Winterschlussverkäufe werden auch in Zukunft möglich sein. Die Bundesregierung hebt lediglich die bisher geltenden einschränkenden Bedingungen auf. Dies teilte die Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, am Montag in Berlin mit. Demnach werden Beginn und Ende der Sonderverkäufe künftig nicht mehr gesetzlich vorgegeben sein.

Es sei danach allein die freie unternehmerische Entscheidung des Handels, ob und wann solche Sonderverkäufe stattfinden, erklärte Zypries aus Anlass des seit Montag laufenden Sommerschlussverkaufs.

Liberalisierung schafft neue Freiräume

Der Einzelhandel ist ferner in seiner Kreativität bei der Kundenwerbung nicht mehr eingeschränkt. Grenzen dabei entstehen allein durch das Verbot einer irreführenden Werbung. Durch die Liberalisierung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) können Gewerbetreibende mit innovativen Geschäftsideen Kunden an sich binden.

Beispiele für Werbemaßnahmen

Das neue UWG fördert unter anderem:

- Rabattaktionen anlässlich von Stadtfesten
- Kundencoupons für Stadtbezirke
- Händlerpools

Reglementierungen von Sonderveranstaltungen werden durch das neue UWG ersatzlos aufgehoben. Nach der Abschaffung des Rabattgesetzes und der Zugabeverordnung ist das neue UWG ein weiterer Schritt hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

HINTERGRUND UWG

Die vom Bundeskabinett kürzlich verabschiedete Änderung des UWG besagt, dass die Bestimmungen über Sommer- und Winterschlussverkäufe, Jubiläumsverkäufe sowie Räumungsverkäufe entfallen. Außerdem soll der Verkauf nicht nur auf Saisonartikel wie Kleidung beschränkt sein. Der Gesetzentwurf ist noch nicht im Bundestag beraten worden. Wenn das Gesetzgebungsverfahren noch in diesem Jahr abgeschlossen wird, dürften die Unternehmen dann künftig selbst bestimmen, wann und wo der Saisonräumungsverkauf angesetzt wird. Unklar ist indes, ob sich die Unternehmen auf einheitliche Termine einigen können.

■ SOZIALES

ARBEITSLOSENGELD II

Fürsorgeleistung für Familien mit Kindern steigt

Entgegen einem Zeitungsbericht wird das von der Bundesregierung angekündigte Gesetz zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht verzögert in Kraft treten. Dies teilte das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit am Dienstag mit. Zudem sieht der Gesetzentwurf vor, dass Kinder aus armen Familien künftig zusätzlich vom Bund unterstützt werden.

Es bleibe beim bisherigen Zeitplan, bekräftigte ein Sprecher des Ministeriums. Diese Planung sieht vor, das Gesetzesvorhaben bis zum Ende des Jahres abzuschließen, so dass die Zusammenlegung mit Beginn des neuen Jahres in Kraft treten kann.

Kindergeld bleibt erhalten

Die Fürsorgeleistung steige für Familien mit Kindern, sagte der Ministeriumssprecher. Der geplante Kinderzuschlag gelte für Erwerbstätige mit geringem Einkommen in der Nähe der Unterstützungssätze. Wie der Sprecher erklärte, solle so verhindert werden, dass Geringverdiener mit Kindern schlechter gestellt sind als die Empfänger der staatlichen Unterstützung. Vom Einkommen unabhängig erhalten alle Kinder weiter vom Staat Kindergeld von mindestens 154 Euro im Monat.

Existenz der Kinder wird gesichert

„Mehr Gerechtigkeit und bessere Chancen auch für Kinder gering verdienender Eltern wollen wir mit unserem Kinderzuschlag erreichen“, sagte Nicolette Kressl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Daher sollten Eltern, die ihrer Kinder nicht mehr absichern können, einen Zuschlag erhalten. Damit werde zum einen die Existenz der Kinder gesichert und zum anderen ein Erwerbsanreiz auch für Eltern mit geringem Einkommen geschaffen, erklärte Kressl.

ARBEITSLOSENGELD II

Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Arbeitslosengeld II) soll die Verantwortung der Erwerbsfähigen stärken und ihnen ausgehend von den Bezugsgrößen des Sozialhilferecht das Existenzminimum sichern. Träger der neuen Leistung ist der Bund. Die Bezieher des Arbeitslosengeld II sind einbezogen in die gesetzliche Krankenversicherung, Pflege- und Rentenversicherung. Um finanzielle Härten beim Übergang von Arbeitslosengeld in das Arbeitslosengeld II abzumildern wird ein auf zwei Jahre befristeter Zuschlag gezahlt, dessen Höhe nach einem Jahr halbiert wird und der nach dem Ende des zweiten Jahres entfällt.

JUGEND

Kompetenzagenturen offiziell eröffnet

Mit dem Ziel, benachteiligte Jugendliche sozial und beruflich besser zu integrieren, wurden am Dienstag 15 „Kompetenzagenturen“ offiziell eröffnet. Diese haben die Aufgabe, die einzelnen Jugendlichen zu begleiten, bis sie sicher in einem Beruf angekommen sind. Die Agenturen sind Teil des bundesweiten Modellprogramms „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Das Bundesmodellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ läuft von Mai 2002 bis Ende 2006. Für das Teilprojekt der „Kompetenzagenturen“ wendet das zuständige Bundesministerium 10,5 Mio. Euro auf.

Jedem Jugendlichen eine Chance

Die Bundesregierung habe sich vorgenommen, jedem Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren die Chance einer beruflichen Zukunft zu bieten, erklärte der Staatssekretär im zuständigen Ministerium, Peter Ruhenstroth-Bauer. Derzeit, so der Staatssekretär, scheiterten etwa 14% eines Jahrgangs am Übergang von der Schule zum Beruf. Für diese Jugendlichen seien individuell zugeschnittene Angebote von Bedarf, weil sie sonst Gefahr liefen, dauerhaft zu Hilfeempfängern zu werden.

Erstellung eines individuellen Profils

Basierend auf den Fragen,

- ▶ wo liegen die Stärken des jungen Menschen?
- ▶ wo liegen die Schwächen, die es zu beheben gilt?
- ▶ was können Jugendliche selbst leisten?
- ▶ wo brauchen sie spezielle, zielgerichtete Hilfe?

wird ein individueller Entwicklungsplan für den Ausbildungs- und Berufsweg der Jugendlichen festgelegt. Ausgehend von den Erfordernissen des Arbeitsmarktes, sollen die Jugendlichen so individuell gefördert werden.

Strategie gemeinsam entwickeln

Es wird über die Kompetenzagenturen darauf geachtet, dass die Familie, das persönliche und soziale Umfeld, Schule, Bildungsträger und Betriebe eingebunden werden. Modellhaft wird erprobt, ob so erreicht werden kann, gemeinsam mit den Jugendlichen eine mehrjährige Strategie für den Berufseinstieg zu entwickeln. Die Kompetenzagenturen arbeiten lokal eng mit dem Arbeitsamt, dem Jugend- bzw. Sozialamt sowie mit Schulen und anderen Institutionen zusammen.

Weitere Informationen:

- ▶▶ [Regiestelle Kompetenzagenturen](#)

■ GESUNDHEIT

GKV

Krankenkassen sagen spürbare Beitragssenkungen zu

Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) haben in einem Gespräch mit Gesundheitsstaatssekretär Klaus Theo Schröder für das Jahr 2004 eine deutliche Senkung des Krankenversicherungsbeitrags angekündigt.

Ein durchschnittlicher Beitragssatz von 13,6% sei „realistisch“. Schröder sagte nach dem Treffen, auch die Spitzenverbände GKV sähen durch die in den Eckpunkten zur Gesundheitsreform vereinbarten Maßnahmen ein „erhebliches Volumen“ zur Senkung der Beiträge. Die geplanten Einsparungen im Gesundheitswesen sollen voll und die durch andere Maßnahmen erzielten Einsparungen anteilig an die Beitragszahler weitergegeben werden.

Einigkeit bestehe darüber, dass ab 2007 alle Krankenkassen einen ausgeglichenen Haushalt haben. Schröder kündigte an, die Bundesregierung werde den Zeitrahmen für den Schuldenabbau gesetzlich regeln und zugleich sicherstellen, dass keine neuen Schulden aufgebaut werden.

■ AUSSEN

IRAK

Bush übernimmt Verantwortung

US-Präsident George W. Bush hat sich am Mittwoch in Washington zur umstrittenen Uran-Passage in seiner Irak-Rede zu Jahresbeginn geäußert. Er sagte: „Ich übernehme natürlich die persönliche Verantwortung für alles, was ich sage.“

Damals hatte er unter Berufung auf britisches Geheimdienstmaterial behauptet, der Irak habe versucht, in Afrika atomwaffenfähiges Uran zu kaufen. Der CIA hatte diese Information schon vorher als unzuverlässig bezeichnet.

Gleichzeitig teilte Bush mit, die Ergreifung des früheren irakischen Staatschefs Saddam Hussein rücke immer näher. In der vorigen Woche war ein neues Tonband aufgetaucht, auf dem angeblich Hussein den Tod seiner beiden Söhne Uday und Kusai betrauert. Die beiden Söhne des ehemaligen irakischen Diktators waren in einem Haus in Mossul bei Feuergefechten mit US-Soldaten getötet worden.

NAHOST

Scharon zu Gesprächen in Washington

Die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates bis zum Jahr 2005 bleibt realistisch. Dies erklärte US-Präsident George W. Bush nach einem Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon am Mittwoch in Washington. Unterdessen traf der palästinensische Regierungschef Abbas in Frankreich mit dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana zusammen, um über eine beschleunigte Umsetzung des internationalen Friedensplans zu sprechen.

Solana lobte die konstruktive Rolle, die Abbas in dem Prozess spiele.

Sperrmauer im Westjordanland

In dem halbstündigen Gespräch zwischen Scharon und Bush ging es auch um den Bau einer Sperrmauer im Westjordanland. Obgleich Scharon weiter an seinen Bauplänen festhält, sollen die Auswirkungen des Bauwerks auf das Leben der Palästinenser indes so gering als möglich gehalten werden. Die Palästinenser werfen Israel jedoch vor, mit der Mauer einen Teil autonomen Gebiets in Besitz nehmen zu wollen und fürchten eine vorzeitige Festlegung des Grenzverlaufs zu Israel.

Es sei „schwierig, zusammenzuleben, wenn es mittendrin eine Mauer gibt“, kommentierte Javier Solana die israelischen Grenzbefestigungen.

Vertrauen in Friedenswillen

Bush betonte auf einer Pressekonferenz im Rosengarten des Weißen Hauses, er habe großes Vertrauen in den Friedenswillen des palästinensischen Ministerpräsidenten Mahmud Abbas und seiner Regierung. Abbas sei glaubwürdig, wenn er versichere, den Terror im eigenen Land nachhaltig bekämpfen und ausschalten zu wollen, sagte Bush. Es gelte nun vor allem, die Sicherheitsbemühungen der Palästinenser zu unterstützen, unterstrich der US-Präsident. Auch der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon habe sich eindeutig dem Friedensprozess verpflichtet, hob der US-Präsident hervor.

Solana fordert Festhalten am Friedensplan

Solana forderte bei seinem Treffen mit Abbas diesen auf, an der Umsetzung des Friedensplans festzuhalten. Wie eine Sprecherin Solanas mitteilte, ging es in dem Gespräch auch darum, wie Abbas' Regierung die Sicherheit in den palästinensisch kontrollierten Gebieten im Gaza-Streifen und im Westjordanland garantieren kann, um weitere Selbstmordanschläge gegen Israel zu verhindern. Ebenfalls an dem Treffen beteiligt war der neue EU-Gesandte für den Nahen Osten, der belgische Diplomat Marc Otte.

LIBERIA

Rebellen verkünden einseitige Waffenruhe

Die Rebellengruppe „Liberianische Vereinigung für Versöhnung und Demokratie“ (Lurd), hat einen einseitigen Waffenstillstand für die Hauptstadt Monrovia erklärt, der bis zur Ankunft von Friedenstruppen dauern soll. Die Rebellen sind angeblich bereit, sich in den Hafen zurückzuziehen und ihre Angriffe auszusetzen. Aufgrund der katastrophalen Lage in Monrovia fordern Hilfsorganisationen und die UN die schnelle Entsendung einer Friedenstruppe für das Land.

Der Leiter der Rebellen-Delegation, Kabineh Ja'neh, sagte bei Friedensgesprächen in Ghana, die Rebellen würden sich von der Frontlinie zurückziehen und in der Umgebung um Freeport bleiben. Der Waffenstillstand werde mindestens 48 Stunden dauern und könne auf sieben Tage ausgeweitet werden. Bei Ankunft der Friedenstruppen würden sich die Lurd-Rebellen zum Fluss Po rund zwölf Kilometer vor Monrovia zurückziehen. Der Chef der Rebellengruppe Lurd, Sekou Conneh, bestätigte die Waffenruhe. „Wir werden die Kämpfe einstellen, bis die Friedenstruppen angekommen sind, es sei denn, die Taylor-Truppen greifen an.“

Regierung weist Angebot zurück

Die liberianische Regierung hat die Offerte für einen Waffenstillstand nicht akzeptiert und forderte den vollständigen Rückzug der Rebellen aus der Hauptstadt und die Einnahme der Positionen vor dem 17. Juni. Für diesen Tag war eine Waffenruhe vereinbart worden.

Friedenstruppe gefordert

Die UN-Hochkommissare für Menschenrechte und Flüchtlinge riefen zu einem sofortigen Ende der Kämpfe zwischen den Bürgerkriegsparteien auf. In der Stadt gebe es weder Strom noch Wasser, außerdem würden Mitglieder von Hilfsorganisationen angegriffen. Flüchtlingskommissar Ruud Lubbers verlangte erneut den raschen Einsatz einer internationalen Friedenstruppe. Hilfsorganisationen sprachen von Hunderten Verletzten in den Krankenhäusern und mehr als 300.000 Flüchtlingen.

Erste Friedenstruppe in Liberia

Das erste Kontingent einer afrikanischen Friedenstruppe ist am Mittwoch in Liberia eingetroffen. Den Grossteil der Truppe stellt Nigeria mit insgesamt ca. 4.500 Soldaten. Die USA wollen Kriegsschiffe mit über 4.000 Soldaten vor die Küste Nigerias entsenden. Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz machte allerdings deutlich, dass die USA nicht die Führungsrolle bei der Befriedung Nigerias übernehmen könne. Dies müssten westafrikanische Staaten und die UN bewältigen.

TERMINE

NÄCHSTE WOCHE

Montag 04. August 2003

Berlin	11.30	Regierungs-PK
Hannover	11.00	Eröffnung „Deutschlands größtes Kinderfest“
Chiemgau	09.45	PK Dt. Alpenverein zu Deutschlands Vorsitz im Ständigen Ausschuss der Alpenkonvention, m. BM Trittin

Mittwoch, 06. August 2003

Berlin	11.30	Regierungs-PK
	12.00	BMW veröffentlicht vorläufige Zahlen zu Auftragseingang in der Industrie für Juni
Nürnberg	10.00	BfA veröffentlicht Arbeitsmarktdaten für Juli
Wiesbaden	10.00	Statistisches Bundesamt gibt Zahlen zur Erwerbstätigkeit Mai bekannt
Strodehne		Beginn Sommerreise BM Trittin zu Hochwasserbrennpunkten 2002 an Havel und Elbe (bis 8.8.)

Donnerstag, 07. August 2003

Berlin	12.00	BMW veröffentlicht vorläufige Zahlen zu Produktion im Produzierenden Gewerbe
--------	-------	--

Freitag, 08. August 2003

Berlin		Beginn „Young Euro Classic - Europäischer Musik Sommer Berlin“ (bis 24.8.)
--------	--	--

REDAKTION

INTERN

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dieser Ausgabe verabschiedet sich die wegewerk medienlabor GmbH von Ihnen.

Für Ihr Interesse an unserem Newsletter und die wertvollen Anregungen und Kritiken möchten wir uns bei Ihnen bedanken.

Ihr wegewerk-Redaktionsteam